

## ***Die Union in der Sackgasse***

**Eigentlich läuft alles für die Konservativen: Sie besetzen die führenden Positionen im Staat, und ihre Werte haben Konjunktur. Und doch sind CDU und CSU in der Krise - oder gerade deshalb**

Angela Merkel und ihre CDU fahren Achterbahn. Und die CSU fährt mit. Und das in einem Tempo, dass einem schon beim Zuschauen schwindlig wird. Dass eine Volkspartei, die es bis zur Perfektion gelernt hat, das Soziale und das Wirtschaftliche, das Moderne und das Konservative auszutarieren und damit auf Dauer ein Bundesland zu besetzen, an der Stoiber-Frage ihr Gleichgewicht verliert, lässt vermuten: Es geht um mehr als um Edmund Stoiber. Für die CSU geht eine Ära zu Ende. Ihre Sonderrolle, ihr besonderer Einfluss auf die Bundespolitik ist dahin. Damit entfällt für Bundespolitik und CDU ein meist ungeliebtes, aber wichtiges Korrektiv: Die CSU hat immer - viel wirksamer als die schon vor vielen Jahren schmalbrüstig gewordenen CDU-Sozialausschüsse - darauf geachtet, dass das Soziale seinen Wert nicht verliert; immer geprägt von einem spezifischen CSU-Paternalismus, nie die Emanzipation im Sinn, aber sozialer als die neuen Konservativen der CDU. Wenn sich die CSU weiter mit voller Kraft zerlegt, wird Angela Merkel dieses Korrektiv nicht mehr beachten müssen. München erteilt ihr hiermit programmatisch freie Hand.

Doch wissen Angela Merkel und die CDU, was sie mit dieser freien Hand anfangen sollen? Mit Angela Merkel haben die Konservativen die Bundestagswahl grandios verloren. Mit ihr haben die Konservativen aber nach kurzen sieben Jahren die Kanzlerschaft wiedergewonnen. Wenn schon die Frankfurter Allgemeine Zeitung mit Buchstaben würfelt und fragt, ob das C nun für christlich oder für »commercial« stehe, dann kann das Durcheinander nicht mehr klein sein. Tatsächlich ist es so groß, dass ein ganzer CDU-Parteitag wegen eines letztlich kleinen Antrages von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, man möge bitte älteren Arbeitnehmern das Arbeitslosengeld I länger als bisher bezahlen, aus dem Takt geriet; ungewöhnlich für eine harmoniegestählte Partei. Welche Strecke die CDU zu absolvieren hatte, das lässt sich am Werdegang ihrer Spitzenfrau ablesen: erst profillos, dann kühl und bis ans Herz marktradikal, jetzt pragmatische Moderatorin einer Großen Koalition. Bei so vielen Wendungen kann es sogar geübte schnittige Berufspolitiker aus der Kurve tragen.

Woran kann sich die CDU noch festhalten? Die berühmt-berüchtigten Beschlüsse von Leipzig im Dezember 2003, die eine Marktradikalität à la Margaret Thatcher propagierten, wurden auf dem jüngsten Dresdner Parteitag nicht außer Kraft gesetzt, sie wurden aber auch nicht bekräftigt. Wie sozial, wie wirtschaftsliberal, wie konservativ soll die CDU sein? Bis vor einem Jahrzehnt war sie die Hüterin altherge-brachter Werte, Lebensweisen und eines moderaten sozialen Ausgleichs. Heute ist sie beides nicht mehr. Was ist das konservative Projekt Anfang des 21. Jahrhunderts?

Die Krise überrascht auf den ersten Blick. Eigentlich sind doch die Jahre der Konservativen angebrochen. Die Spitzen des Staates sind von Personal besetzt, das sich zwischen konservativ und marktradikal bewegt. Mehr als zuvor finden konservative Denker Gehör, vom Historiker Paul Nolte hin zu den Verfassungsrichtern Udo di Fabio oder Paul Kirchhoff. Und wenn derzeit Werte und Lebensstile eine Renaissance erleben, dann sind es die der Konservativen: mehr Familie, weniger Hedonismus, weniger Staat, mehr Leistung, weniger Sozialleistung und zudem mehr Religion und Sitte. Warum ist eine Partei außer Balance, obwohl sie sich in einem solch gefälligen Umfeld bewegt?

Alles begann in Leipzig. Hier erklärte Angela Merkel den Abschied vom bisherigen Sozialstaatsdenken, vom Sozialkatholizismus und verhiess zugleich eine eifertige wirtschaftsnahe

Modernisierung: radikal abgesenkte Steuersätze, Rückbau des Staates, Kopfpause statt solidarischer Krankenversicherung. Der Abschied vom Bisherigen fiel so verächtlich aus, als sollten alle Bindungen gekappt werden. Norbert Blüm sagte damals, die Welt von Angela Merkel sei seine nicht. Diese rigide Art spricht dafür, dass sich in den Leipziger Beschlüssen die inhaltlichen Vorstellungen von Angela Merkel widerspiegeln.

Wie die Konservativen heute wissen, hat dieser Kurswechsel den Erosionsprozess der ehemaligen Volkspartei CDU nicht gestoppt, sondern beschleunigt; bis heute liegen die Chancen einer zu diesen Inhalten passenden schwarz-gelben Koalition in den Umfragen bei selten mehr als 40 Prozent. In der Bundestagswahl-Analyse des Parteienforschers Dieter Oberndörfer heißt es: »Die innerparteiliche Marginalisierung von Sozialpolitikern offenbart einen programmatischen und kulturellen Schwenk der Unionsparteien zu einem wirtschaftsnahen Selbstverständnis, das auf Dauer eine Integration der zahlreichen Unions-Wähler aus den unteren sozialen Schichten erschweren wird.« Trotzdem wird Leipzig weiter die Programmatik der CDU bestimmen, denn hinter diesen Beschlüssen steckt Merkels inhaltliche Konstante: ihre Vorstellung von Freiheit.

Ausgerechnet heute meint Angela Merkel, dem Wert der Freiheit eine Gasse schlagen zu müssen. In Anbetracht einer materiell, kulturell und geistig auseinanderfallenden Gesellschaft könnte eine christliche Politikerin auch denken, der erste Platz gebühre dem Wert Solidarität. Nein, die Freiheit muss es sein. Und was ist das für sie? In einem Grundsatzartikel schrieb sie 2003: Deutschland brauche »mehr Wettbewerb, Eigenverantwortung, Freiwilligentätigkeit, private Vorsorge - kurz: mehr Freiheit«. Weniger Bürokratie, weniger Staat, weniger kollektive Sicherung, das ist für sie per se gut. Die Freiheit ist für sie dort am größten, wo der Mensch auf eigenes Risiko Unternehmer seines Lebens ist. In ihrer Regierungserklärung steht: »Arbeit braucht Wachstum, und Wachstum braucht Freiheit.« Und wohin führt diese Freiheit? Merkel: In zehn Jahren soll Deutschland in Europa unter den drei wirtschaftsstärksten Nationen sein: die Politik als Coach der Wirtschaft.

Keine Frage: Auch Merkel will gerechte Verhältnisse. Jedoch ist Gerechtigkeit für sie nur die Beilage zur Freiheit: sich kümmern um Alte, Kinder, Schwache, Kranke. Der Staat hilft denen, die Hilfe wirklich brauchen; mit der Betonung auf: wirklich. Ihr Denken trägt immer den Verdacht mit: Jeder, der Hilfe erhält, könnte sie zu Unrecht erhalten. Und: Hilfe ist keine Kategorie von Recht und Gesetz, sondern von Barmherzigkeit. Das ist einerseits schön, lässt aber andererseits den Bittsteller auferstehen. Ihr Begriff von Gerechtigkeit ist keiner, der zu einer partizipatorischen sozialen Demokratie passt. Weshalb die Anmerkung von Merkel, sie sehe ihr »Mehr Freiheit wagen« in Ergänzung zu Willy Brandts »Mehr Demokratie wagen«, entweder auf Irrtum oder Bösartigkeit beruht. Merkel hat vielmehr einen Gegenentwurf zu Brandt vorgelegt, einen, der zu einer paternalistischen Eliten-Demokratie passt.

Aus dem Tritt geriet die CDU auch, weil die Partei sich unter Angela Merkel rasant modernisierte: gerechte Chancen für beide Geschlechter, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der tolerantere Umgang mit anderen Kulturen und Religionen. Insbesondere in der Familienpolitik - Berufstätigkeit der Mütter - prallen heute in der CDU Geschäftswelt und Weltbild unversöhnlich aufeinander: familiäre Geborgenheit und hochmobile Arbeitnehmer, das passt nicht. Dass das herkömmlich-konservative Bild der Familie nicht mehr das privilegierte ist, stößt die klassisch-konservative Klientel ebenso ab wie die wirtschaftsnahen Leipziger Beschlüsse die sozial-katholischen Mitglieder und Wählerschichten. Und neue großstädtische Schichten konnten mit der gesellschaftspolitischen Modernisierung noch nicht gewonnen werden.

Das große Rätsel, das die Christdemokraten ihrem Publikum aufgeben, sei hier nur erwähnt: Angela Merkel pflegt so wenig wie einst Helmut Kohl das Thema der Ökologie. Bis heute gibt es keinen ökologischen Konservatismus. Ureigenstes Terrain, der Schutz von Natur und Schöpfung, wird seit Jahrzehnten anderen überlassen. Buchstabierten sie dieses Thema durch, könnten die Christdemokraten konservativ-bewahrende Erfordernisse und diejenigen einer wirtschaftlichen Moderne aufs Neue austarieren. Aber: Sie wollen nicht.

Der Parteienforscher Franz Walter geht davon aus, dass die christdemokratischen Parteien, nicht nur in Deutschland, ihren Zenit hinter sich haben. Es fehle das Feindbild des Kommunismus, es zerbröselten die kirchlichen Milieus. Und: »Christdemokraten, die rigide Steuersenkungsparolen und harte Sozialstaatsreformen auf ihr Panier schrieben, scheiterten ganz überwiegend.«

Angela Merkel weiß, dass sie sich im Regieren allein schnell erschöpfen kann. Um ihre Macht abzusichern, ist sie in ihrem eigenen Interesse für die inhaltliche Attraktivität der CDU mitverantwortlich. Bis jetzt ist die Freiheit von den Zwängen der Bürokratie und des Wohlfahrtsstaates ihr konservatives Projekt; vermutlich ist es ein zu persönliches, um weit genug zu tragen.